

# Bildungsrat spaltet Landrat

## Machtspiele Volk wird entscheiden, ob Bildungsrat Kompetenzen an Regierung verliert

VON MICHAEL NITTAUS

Die Ratslinke versuchte gestern wirklich alles, um die Pläne von Bildungsdirektorin Monica Gschwind noch zu durchkreuzen. SP-Bildungspolitiker Roman Brunner, der vor kurzem zum dritten Mal Vater geworden ist, verzichtete sogar auf seinen morgens angekündigten halben Freitag, als klar war, dass die Debatte um die Abschaffung des Bildungsrates sich in den Nachmittag zieht. Die bisherigen Positionen zeigten nämlich, dass es auf jede Stimme ankommen könnte. Stützt das Parlament die Änderung des Bildungsgesetzes in erster Lesung, die den Bildungsrat durch einen «Beirat Bildung» ersetzen möchte? Der Beirat hätte nur noch beratende Funktion und könnte nicht wie der Bildungsrat abschliessend über Stunden tafeln und Lehrpläne entscheiden. Diese Kompetenz fiel neu der Gesamtregierung zu.

### Knappe Mehrheit möchte Beirat

Die Antwort lautet: Jein. Mit 55 zu 27 Stimmen trat der Landrat zwar ziemlich deutlich auf das Geschäft ein - nur SP und Grüne/EVP hätten das Anliegen am liebsten auf diese Weise versenkt. Und auch

**«Das Volk hat gezeigt, dass es eher dem Bildungsrat als dem Landrat vertraut. Eine Abstimmung brächte also die Bestätigung des Status quo.»**

Pascal Ryf CVP-Landrat

der darauf folgende Antrag der CVP/BDP-Fraktion, es an die Regierung zurückzuweisen, damit diese eine neue Vorlage ausarbeitet, die den Bildungsrat erhält, aber dessen Zusammensetzung ändert, scheiterte mit 44 Nein- zu 37 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung. In der zweiten Lesung in zwei Wochen wird also über den erwähnten Beirat ohne Entscheidungskompetenzen befunden.

Doch die Mehrheit der Beirats-Befürworter ist äusserst knapp. Sind alle 90 Landräte anwesend, so wäre das Resultat wohl 47 zu 43. Dies, weil zu den 45 Stützen von SVP und FDP auch Jürg Wiedemann von den Grünen-Unabhängigen (und der Starken Schule) und die parteilose Regina Werthmüller kommen. Und die Erfahrung zeigt: Es sind nie alle Räte da.

Was allerdings schon gesagt werden kann: Letztlich geht es nur darum, was der Landrat dem Baselbieter Stimmbürger im Abstimmungsbüchlein empfehlen wird. Denn das Vier-Fünftel-Mehr wird mit Sicherheit verpasst. Der Urnengang ist damit unvermeidbar. Es wäre bereits das vierte Volksurteil zum Bildungsrat nach



Ohne Bildungsrat werden Monica Gschwind und ihre Regierungskollegen entscheiden, was unterrichtet wird. BZ-ARCHIV/MTO

## LANDRAT

2007, 2011 und 2016. «Was hat das Volk bisher zum Bildungsrat gesagt?», erinnerte Grünen-Landrätin Florence Brenzikofer die rechte Ratshälfte nur zu gern: «Dreimal Ja.»

### Gschwind will auf Beirat hören

Genau deshalb wollte CVP-Landrat Pascal Ryf eine Rückweisung beliebt machen: «Das Volk hat gezeigt, dass es eher dem Bildungsrat als dem Landrat vertraut. Eine Abstimmung brächte also die Bestätigung des Status quo.» Eine Veränderung der Zusammensetzung des 12-köpfigen Gremiums, der selbst SP und Grüne offen gegenüber stünden, würde damit verunmöglicht. Ein Dilemma. Als kleine Korrektur brachte die CVP immerhin am Ende ihren Antrag durch, dass im neuen Beirat, sollte er den Urnengang überleben, elf statt zehn Mitglieder sässen. Neben Lehrern, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbän-

den, Schulratspräsidenten, Gemeinden und Landeskirchen auch noch ein Vertreter der Schulleitungen.

Nicht mehr dabei wären Vertreter der Parteien, die heute noch im Bildungsrat sind. Der Beirat wäre aber alles andere als entpolitisiert, kritisierte Mitte-Links. Dadurch, dass die Regierung selbst die Kompetenz bekäme, würde Bildung im Baselbiet erst recht «zum Spielball der Politik», sagte SP-Fraktionschefin Miriam Locher. Leicht zynisch merkte sie zudem an: «Wer weiss, vielleicht ist ja irgendwann wieder ein Sozialdemokrat Bildungsdirektor. Mal schauen, wie die Ratsrechte diese Macht dann findet.» Das liess Regierungsrätin Gschwind nicht auf sich sitzen: «Es geht nicht um meine Person», wiederholte sie mehrfach und versprach: «Die Gesamtregierung entscheidet, aber sie wird sich nicht einfach über die Empfehlung des Beirates hinwegsetzen.»

## Zurück an Kommission CSEM soll nicht sparen müssen

Der Landrat hat gestern eine Kürzungs-Vorlage zum Regionalzentrum des Schweizerischen Zentrums für Elektronik und Mikrotechnik (CSEM) in Muttens an die vorbereitende Kommission zurückgewiesen. Die Regierung wollte dort eine Million Franken pro Jahr sparen. Der Landrat schickte die Vorlage auf Antrag der FDP mit klarem Mehr zurück an die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission. Zudem muss die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission einen Mitbericht erstatten. Die Regierung wollte dem CSEM für 2018 bis 2022 insgesamt acht Millionen zukommen lassen. Mit der Reduktion der Beiträge von jährlich drei auf zwei Millionen Franken hätte das CSEM laut Vorlage einen hohen Sparbeitrag leisten sollen. Gegen die Kürzung hatten sich im Landrat SVP und SP ausgesprochen. Die Kürzung könne zum Wegzug des CSEM führen. (SDA)

## Eigentümer müssen zustimmen

### Denkmalschutzgesetz Landrat diskutiert kontrovers über Lockerungen

Eine Mehrheit der Baselbieter Landratsfraktionen begrüsst eine Präzisierung des kantonalen Denkmalschutzgesetzes. Einen Nichtertragsantrag hat das Parlament gestern bei erster Lesung einer Änderung des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes (DHG) abgelehnt. Den Antrag auf Nichtertragen stellte im Landrat Fraktionssprecher Matthias Häupfli (Allschwil) von GLP/G-U. Die Gesetzesänderung höhle den Denkmalschutz aus; der Schutz würde «freiwillig» werden und «alles möglich sein». Eine Minderheit der Grünen/EVP unterstützte den Antrag gegen die Vorlage. Kritisiert wurde dabei auch, dass es keine Vernehmlassung mehr gab. Auch ein SP-Einzel-sprecher votierte für den Antrag.

SVP und FDP waren hingegen geschlossen für Eintreten. Laut einem FDP-Sprecher ist bisher rechtlich vieles unsicher. Es brauche zudem ein Miteinander zwischen Behörden und Eigentümern. Die Denkmalpflege solle

beraten und nicht «blockieren», ergänzte eine SVP-Sprecherin. Im Rahmen des Möglichen sei aufgrund vieler Gespräche einiges erreicht worden. Es gehe zwar um eine Lockerung des Denkmalschutzes, sagte ein Vertreter der Mehrheit der Grünen/EVP-Fraktion. Wichtig sei jedoch, dass eine Belebung von Dorfkernen möglich wird. Die CVP/BDP lobte die Vorlage als ausgewogen. Der Landrat beschloss Eintreten in der Folge mit 67:10 Stimmen bei drei Enthaltungen.

### Bessere Nutzung ermöglichen

Die neue Vorlage will im DHG explizit festlegen, dass Kulturdenkmäler «denkmalverträglich» und angemessen genutzt werden können. Sie sollen nach den Bedürfnissen des heutigen Lebens und Wohnens für bisherige oder passende neue Zwecke verändert werden können. Dabei müsse ihr Wert berücksichtigt werden. In erster Lesung sprach sich das Parlament zu-

dem gegen einen Detailantrag der GLP/G-U aus, der eine angemessene und zeitgemässe Umnutzung von Kulturdenkmälern nur dann ermöglichen wollte, wenn diese deren Fortbestand nicht gefährdet. Präzisiert werden sollen im Gesetz ferner die Bestimmungen zu den Schutzstufen für Kulturdenkmäler. Unterschieden wird dabei zwischen kantonal schützenswerten sowie kommunal schützenswerten oder erhaltenswerten Kulturdenkmälern. Kommunale Kulturdenkmäler können Gemeinden in Zonenplänen ausschneiden und bezeichnen.

Kantonale Kulturdenkmäler werden vom Regierungsrat in das kantonale Inventar aufgenommen. Im Gesetz festgehalten werden soll neu, dass eine solche Aufnahme nur mit Einverständnis der Eigentümerschaft erfolgen kann. Dies entspricht gemäss Vorlage der heutigen Praxis. An einer Entscheidungsmöglichkeit wird indes festgehalten. (SDA)

### ◆ Rat-atoille

#### Spott und Applaus nach Zermatt-Gate

### ◆ Sie sind wieder da!

Zur Eröffnung der Baselbieter Landratsitzung begrüsst Präsidentin Elisabeth Augstburger (EVP) einen Teil des Parlaments gesondert: «Wir freuen uns, dass auch alle Landratsmitglieder, die in Zermatt eingeschneit waren, wieder zurück sind.» Das sorgte für einigen leicht spöttischen Applaus und Gelächter. Vielleicht war es aber auch nur Neid von denen, die nicht in den Genuss der zusätzlichen halben Zwangsferienwoche gekommen waren.

Gleich zu Beginn der Sitzung ratterte CVP-Landrat Franz Meyer als Präsident der Umweltschutz- und Energiekommission dann den Bericht zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes aufreizend staubtrocken und in epischer Länge runter. Ob es die Nachwirkungen der feuchtfröhlichen Zermatter Jassrunden waren oder der triste Wiedereinstieg in den schneelosen Alltag, bleibt unklar.

Allerdings schafften es am Donnerstagmorgen nicht alle der CVP-Zermatt-Fraktion rechtzeitig in den Landrat. Marc Scherrer trudelte erst zur Nachmittagsitzung ein. Bevor er sich der Politik widmete, musste er zuerst noch am Morgen im Geschäft erscheinen, um wichtige Arbeiten zu erledigen. Die Landratsitzung hätte er sich aber auch schenken können, schaffte der Rat bis abends doch nur neun Traktanden. Scherrers Fazit: «In Zermatt arbeiteten wir effizienter.» Da verwundert es nicht, welches Geheimnis er noch lüftet: Am Wochenende reist Scherrer gleich wieder nach Zermatt - diesmal jedoch rein privat in die Skiferien!

### AUS DEM LANDRAT

### NACHRICHTENAGENTUR SDA Regierung bedauert möglichen Leistungsabbau

Die Baselbieter Regierung würde einen Abbau der Leistungen der Nachrichtenagentur SDA in der Region Nordwestschweiz bedauern. Dies hielt sie gestern in der Fragestunde des Parlaments auf Fragen eines SP-Landrats fest. Die Regierung schätze das Objektive und die Nüchternheit der Berichterstattung der SDA, sagte Regierungsrat Anton Lauber im Parlament. Die Agentur leiste einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung der politischen Inhalte und Zusammenhänge an die Bevölkerung. Welche Auswirkungen der geplante Stellenabbau auf die Redaktion in der Nordwestschweiz hat, ist der Regierung indes nicht bekannt. Die Regierung erachtet es zudem als richtig, dass die SDA durch Verlage und die SRG finanziert wird. Dies sei ein Ausdruck der Unabhängigkeit von Exekutive, Legislative und Judikative; so heisst es in der Antwort auf die Frage, wie der Kanton zur Idee steht, sich mit Bund und weiteren Kantonen an einer nicht-gewinnorientierten, unabhängigen Nachrichtenagentur zu beteiligen. Gemäss einer internen Umfrage der Regierung hat der Kanton Basel-Landschaft keine Verträge mit der Nachrichtenagentur. Die SDA hatte Anfang Jahr angekündigt, aus wirtschaftlichen Gründen eine umfassende Reorganisation vornehmen zu müssen. Mindestens 36 der rund 150 Redaktions-Vollzeitstellen sollen abgebaut werden. (SDA)

### NEU IM LANDRAT Stefan Degen wurde angelobt

Stefan Degen wurde gestern zu Beginn der Landratsitzung als neuer Landrat angelobt und von Ratspräsidentin Elisabeth Augstburger (EVP, Liestal) beglückwünscht. Der 36-jährige kaufmännische Leiter aus Gelterkinden rückt innerhalb der FDP-Fraktion für den früheren Kantonalpräsidenten Michael Herrmann nach, der Ende vergangenen Jahres aus privaten Gründen zurückgetreten ist. (BZ)

MEHR VOM LANDRAT AUF SEITE 26